

Die Bührle-Stiftung nabelt sich ab

Die jahrelange Kritik zeigt Wirkung – die Kunstsammlung könnte die Stadt Zürich eines Tages verlassen

MARIUS HUBER

Die Drohung kam immer wieder einmal auf, aber viele nahmen sie nicht richtig ernst. Eines Tages könnten die Verantwortlichen der Stiftung Bührle genug haben vom feindseligen Klima in der Stadt Zürich und mit ihrer unschätzbaren Kunstsammlung das Weite suchen. «Tschüss, Chipperfield-Gebäude, ade!» – so würde er es angesichts der «stetigen Unterstellungen» machen, sagte der SVP-Politiker Rochus Burtscher letzten Mai im Zürcher Kantonsparlament.

Damals beschloss eine linke Mehrheit mithilfe der GLP und der EVP, dass die Herkunft der Bilder, die im über 200 Millionen Franken teuren Erweiterungsbau des Kunsthauses aufgehängt sind, ein weiteres Mal untersucht werden müsse. Diesmal «lückenlos». Es geht um die Frage, ob Kunstwerke in

Bührle-Stiftung probt den Befreiungsschlag

Kommentar auf Seite 20

die Sammlung des Waffenfabrikanten Emil Bührle gelangten, die von den jüdischen Vorbesitzern während des Nazi-Regimes unter Zwang verkauft wurden. Die Kosten für diese Aufarbeitung, befand die Parlamentsmehrheit, solle die Bührle-Stiftung zusammen mit dem Kunsthaus tragen. Je nach Ergebnis solle man die Bilder danach abhängen.

Die Drohung, dass die Stiftung nicht alles mit sich machen lasse, wischte die SP-Sprecherin Sibylle Marti im Parlament vom Tisch: «Was soll sie dann mit diesen Bildern machen, wenn sie nicht mehr im Zürcher Kunsthaus hängen? Sie vergammeln lassen irgendwo in einem Keller oder sie irgendwie nach China oder Katar verkaufen?» Nun scheint es, als habe die Stiftung durchaus Ideen.

Zweckänderung bewilligt

Ein knappes halbes Jahr nach dieser Debatte hat sie zur allgemeinen Verblüffung den Stiftungszweck angepasst und den für Zürich entscheidenden Passus gestrichen. Die Kunstsammlung soll zwar weiterhin als Ganzes der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, aber nicht mehr länger zwingend in der Stadt Zürich. Der Handelsregistereintrag ist in der Nacht auf Donnerstag entsprechend angepasst worden. Das heisst: Wenn der Vertrag zwischen dem Kunsthaus und der Bührle-Stiftung Ende 2034 ausläuft, könnten Cézannes «Knabe mit der roten Weste», van Goghs «Sämann» und all die anderen Bilder die Stadt im Prinzip verlassen.

Ein Entscheid über die Zukunft der Sammlung sei mit der «Bereinigung» der Statuten nicht getroffen, teilt die Stiftung in einem knappen Communiqué mit. Diese diene bloss der «Klärung der Handlungsoptionen» – was schon seit langer Zeit diskutiert worden sei. Der Entscheid der Stiftung kommt für die Stadtregierung unerwartet, wie sie auf Anfrage mitteilt. Sie ist erst am Dienstag von der Stiftung informiert worden, obwohl diese die Änderung schon vor Monaten beschlossen hatte.

Ein Stiftungsrat kann den Zweck einer Stiftung nicht ohne weiteres derart grundsätzlich ändern. Möglich ist dies gemäss Gesetz nur dann, wenn der ursprüngliche Zweck «eine ganz andere Bedeutung oder Wirkung erhalten hat, so dass die Stiftung dem Willen des Stifters offenbar entfremdet worden ist». Ob dies der Fall ist, entscheidet die zuständige Behörde, im Kanton Zürich die Stiftungsaufsicht BVS. Im Fall Bührle hat die Aufsicht die Änderung bewilligt, wie sie auf Anfrage bestätigt. Zur Begründung sagt sie nichts. Klar ist aber: Der wenig wertschätzende Ton in den politischen Auseinandersetzungen kann für die Aufsicht keine Rolle gespielt haben – auch wenn dieser den Vertretern der Stiftung sicher nicht gefallen hat.

Ausschlaggebend muss gewesen sein, dass im politischen Klima der Stadt unge-



Das Werk von Claude Monet (links) wurde vom Kunsthaus im Sommer 2024 vorsorglich abgehängt.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

wiss ist, ob sich die Sammlung in Zürich künftig noch im Sinne der Stifter zeigen lässt: nämlich möglichst «als Ganzes». Dies zeigte sich schon letztes Jahr, als fünf Bilder abgehängt und eingelagert worden sind. Es handle sich um Werke, die möglicherweise ihren früheren Besitzern zurückgegeben werden müssten, hiess es damals seitens des Kunsthauses. Anlass waren neue Empfehlungen zum Umgang mit NS-Raubkunst, die das amerikanische Aussenministerium kurz davor veröffentlicht hatte.

Zwingend wäre dieser Eingriff nicht gewesen, denn die US-Empfehlungen sind nicht bindend. Er entsprach einer politischen Forderung der Stadt, der sich das Kunsthaus verpflichtet hat. Dieses verfolgt eine neue Linie im Umgang mit Werken, die während der NS-Zeit unter Druck verkauft wurden.

Derzeit ist die Bührle-Sammlung im Kunsthaus gar nicht mehr zu sehen. Sie wurde Ende September für einen grossen Umbau der Ausstellung geschlossen – zum wiederholten Mal. Sie soll erst 2027 wiedereröffnet werden. Dazwischen gibt es als Übergangslösung eine Schau der Bilder ohne Einordnung. So geht das seit Jahren, ein Ende ist nicht absehbar.

Präsentation erneut angepasst

Schon zwei Jahre nach der Eröffnung im Herbst 2021 wurde die Präsentation der Bilder ein erstes Mal gründlich überarbeitet. Die Herkunft der Werke, die zuvor in einem Nebenraum behandelt worden war, rückte nun unübersehbar mitten in die Kunstsäle. Auf grossen Tafeln wurden die Besucher nun über die jüdischen Sammler aufgeklärt, die ihre Bilder an Bührle verkauft hatten, und über dessen Waffengeschäfte mit den Nazis. Zudem kamen Kritiker und Verteidiger der Sammlung per Videobildschirm zu Wort.

Die Präsentation der Sammlung wurde erneut angepasst, nachdem der Historiker Raphael Gross im Sommer 2024 einen Bericht zur Herkunft der Bilder veröffentlicht hatte. Er hatte im Auftrag von Stadt und Kanton Zürich und der Trägergesellschaft des Kunsthauses die bisherige Provenienzforschung der Bührle-Stiftung untersucht.

Das Ergebnis war für diese wenig schmeichelhaft. In vielen Fällen sei die Herkunft nicht oder nicht ausreichend erforscht, urteilte Gross, und die Einordnung treffe oft nicht zu. In einigen Fällen gebe es «starke Zweifel an der Unbedenklichkeit der Provenienz». Der Historiker empfahl deshalb weitere Forschungen, insbesondere zu den jüdischen Vorbesitzern. Das Kunsthaus plant gegenwärtig ein fünfjähriges For-

schungsprojekt zu sämtlichen Werken, das von unabhängigen Experten überprüft werden soll. Die Zürcher Stadtregierung will dies finanziell unterstützen. Sollte sich ergeben, dass im Kunsthaus Bilder hängen, die ihre Vorbesitzer aufgrund der NS-Verfolgung veräussern mussten, soll die Stiftung eine Lösung mit deren Erben finden. Nachdem im Sommer 2024 fünf Bilder abgehängt worden waren, teilte die Stiftung mit, sie werde nach einer «fairen und gerechten



Corine Mauch
Stadtpräsidentin
von Zürich

Lösung» suchen. Inzwischen hat sie in zwei Fällen einen Vergleich getroffen – Details sind nicht bekannt –, weshalb die Werke wieder gezeigt werden können.

Entschädigungszahlungen sind eine Möglichkeit, es kann aber auch auf den Verkauf von Bildern hinauslaufen. Das Kunsthaus selbst hat letztes Jahr einen Präzedenzfall geschaffen: Es hat angekündigt, einen Monet aus seiner Sammlung zu verkaufen, an den es 1939 aufgrund einer finanziellen Notlage der jüdischen Vorbesitzer gelangte.

Gegenseitige Vorwürfe

Es ist die Konsequenz der neuen Nulltoleranzstrategie im Umgang mit Fluchtgut, die auch für die Bührle-Sammlung gilt. Diese könnte nach der Wiedereröffnung 2027 nicht nur um ein paar Bilder ärmer sein. Die Ausstellung soll zudem nach der Überarbeitung noch einmal stärker als bisher auf die Herkunft der Werke und das Schicksal ihrer ehemaligen Eigentümer hinweisen. Zurzeit befindet man sich also in einer entscheidenden Phase, in der die Weichen für diese neuerliche Aufarbeitung gestellt werden. Dass die Stiftung gerade jetzt ihren Zweck ändert und damit implizit einen Wegzug aus Zürich in den Raum stellt – wird kaum ein Zufall sein.

Der grüne Zürcher Stadtparlamentarier Markus Knauss, ein Kritiker der Bührle-Sammlung, geht davon aus, dass die Stiftung ihren Absprung vorbereitet. Die Bührle-Erben hätten genug von der Kritik, die einfach nicht aufhöre. Die anstehende neuerliche Untersuchung der Werke bedeute für die Stiftung einen Kontrollverlust, der auch ins Geld gehen

könnte. Knauss würde es zwar bedauern, wenn Zürich die Sammlung verlieren würde. Aber die Stadt habe sich zu lange nach dem Willen der Stiftung gerichtet. «Wenn man die Dinge unter dem Deckel behalten will, ist das selten eine gute Strategie.» Stadtpräsidentin Corine Mauch habe alles getan, um die Provenienzforschung zu bremsen, damit die Bührles nicht brüskiert würden. «Damit hinterlässt sie Zürich einen Scherbenhaufen.»

Die Stadtpräsidentin wehrt sich gegen Vorwürfe an ihre Adresse. Sie habe die Brisanz des Themas nicht unterschätzt, sondern begrüsse die «intensiv geführte gesellschaftliche Debatte um den richtigen Umgang mit der Sammlung Bührle im Kunsthaus».

Für Stefan Urech von der SVP ist nicht der Stadtrat schuld, falls Zürich die Sammlung verlieren sollte, sondern links-grüne Parlamentarier wie Knauss. «Sie haben sich immer wieder abschätzig über dieses Geschenk an die Stadt geäussert», sagt er. Einmal hatten sie zum Beispiel angeregt, eine Kanone vors Kunsthaus zu stellen, die rote Farbe verschiesst, um an die Geschäfte des «hässlichen Industriellen» Bührle zu erinnern.

Die Linke habe den Bogen auch mit ihren immer neuen Forderungen überspannt, findet Urech. «Anfangs waren sich alle einig, dass es eine Provenienzforschung geben muss. Aber dann war es nie genug.» Er könnte daher nachvollziehen, wenn die Sammlung aus Zürich abgezogen würde. Auch wenn das «sehr schade» wäre.

Nicht die erste Kontroverse

Stadtpräsidentin Mauch sieht keinen Anlass, jetzt den Kurs zu anzupassen, um einen drohenden Verlust der Bilder abzuwenden: Die weitere Provenienzforschung und Kontextualisierung der Sammlung, die nun anstehe, erachte die Stadt unverändert als wichtig. Wie es nach 2034 weitergehen soll, werde wie geplant erst in vier Jahren bei einer Evaluation der bisherigen Zusammenarbeit thematisiert.

Es wäre nicht das erste Mal, dass Zürich aufgrund einer heftigen Kontroverse über die Schatten der Nazi-Vergangenheit auf eine bedeutende Kunstsammlung verzichten müsste. Ähnliches passierte schon 2001, nachdem der deutsche Sammler Friedrich Christian Flick angekündigt hatte, in Zürich-West vom Starchitekten Rem Koolhaas ein Museum bauen zu lassen.

Dort wollte er Werke bedeutender Künstler der Moderne zeigen: von Marcel Duchamp über Alberto Giacometti, Gerhard Richter und Jeff Wall bis hin zu zeitgenössischen Schweizer Kunstschaffenden wie Fischli/Weiss, Pipilotti Rist oder Roman Signer. Weil Flicks Familienvermögen aber auf die Produktion von Rüstungsgütern für die Nazis zurückging, regte sich Widerstand gegen diese Pläne.

Die Kritiker warfen der Familie vor, sich nicht am Wiedergutmachungsfonds für die Zwangsarbeiter des NS-Regimes beteiligt zu haben. Besonders pointiert äusserte sich der damalige Direktor des Schauspielhauses, Christoph Marthaler, weil das Museum in Nachbarschaft des Schiffbaus entstanden wäre: «Wir können den Gedanken nicht verdrängen, dass die Exponate dieser Sammlung mit Kriegsverbrechergeld und enteignetem, arisiertem jüdischem Vermögen bezahlt wurden.»

Unter denjenigen, die Flick öffentlich verteidigten, fällt rückblickend der Künstler Roman Signer auf: Er bezeichnete die Empörung als scheinheilig und begründete dies damit, dass der Bührle-Saal im Kunsthaus ebenfalls mit Waffengeldern finanziert worden sei. Aus dem Umfeld von Flick war damals zu hören, dass ihm die heftige Kritik zugesetzt habe. Das Tuch war danach zerschnitten – daran konnte auch eine Intervention des Stadtpräsidenten Elmar Ledergerber nichts mehr ändern, der die Sammlung gerne nach Zürich geholt hätte. Flick zog mit seinen Kunstwerken schliesslich nach Berlin.